Nummer 43

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Mittwoch, 27. Januar 1926

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse und viele tabellarische Übersichten, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie tägliche Roman-Beilage

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Verantwortl. Leiter handelsteil: W. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Rangewsky Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
— — — — — Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten — — — — —

Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im I. Quartal 1926 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 200 französische Francs, Belgien 175 belgische Francs, Schweiz 40 schweizerische Francs, Holland 18 holländische Gulden, Dänemark 30 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, England 36 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Peletas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 300 Dinar; für den Monat Januar 1926 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,— Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 175 lettische Rubel, Finnland 100 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen das neue Kabinett Luther.

Werden die Sozialdemokraten die verschleierte Große Koalition machen?

Das Ergebnis der gestrigen, bei voller Besetzung des Saales und der Tribünen abgehaltenen Reichstagssitzung ist, formell betrachtet, die scharfe Herausarbeitung der Tatsache, daß das neue Kabinett Luther ein Minderheitskabinett ist. Dr. Luther hatte in seiner Rede den Wunsch zu erkennen gegeben, daß man innerhalb der jetzigen Programmdebatte nicht über Einzelfragen der auswärtigen Politik sprechen, sondern diese Erörterung bis zur Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes verschieben möchte. Unmittelbar nach seiner Rede aber beschloß der Reichstag mit großer Mehrheit, bestehend aus Deutschnationalen, Völkischen, Sozialdemokraten und Kommunisten und auffälligerweise auch der Bayerischen Volkspartei, den deutschnationalen Antrag über die Aufstellung besonderer Forderungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen. Das läßt also auf die Absicht der Schonung des neuen Kabinetts weder bei der Rechten noch bei der Linken schließen.

Man braucht nun nicht ohne weiteres anzunehmen, daß diese Mehrheit im Reichstag gestern gegen das Kabinett Luther in seiner jetzigen Zusammensetzung auf Grund irgendwelcher tiefgehender Unzufriedenheit mit dem neuen Regierungsprogramm zurückzuführen sei. Dr. Luther hat zwar den Mann der Mitte gegen rechts markiert, indem er eine andere Außenpolitik als die von den Deutschnationalen gewünschte, nämlich die seiner bisherigen auf Locarno eingestellten, ankündigte, und er hat der Linken eine Absage erteilt, indem er bei dem Streit um die Fürstenenteignung den von den Sozialisten und Kommunisten beantragten Volksentscheid verwarf. Aber weder diese beiden Programmpunkte noch all das andere, was er gestern gesagt hat, sind für die deutsche Oeffentlichkeit oder gar für die führenden Männer der Reichstagsfraktionen eine Ueberraschung gewesen. Das geschäftsführende Kabinett Luther hat ja bereits ganz im gleichen Sinne gehandelt. Auch die Dürftigkeit der Programmerklärung, ihr Mangel an festen Angaben, war ja im allgemeinen vorauszusehen gewesen, wenn man auch den Grad der Neutralität und Unfaßbarkeit vorher nicht ganz so groß veranschlagt haben mag. Das neue Kabinett Luther will eben weniger programmatischer Kämpfer sein als praktische Arbeit leisten, wie z. B. Reform des Wahlrechts, Lösung der Schulfrage, soziale Fürsorge, Reform der Steuergesetzgebung, Förderung von Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft, und sogar Versuch, neue Wege für die Förderung des deutschen Exports zu finden.

Wenn trotzdem sowohl die Deutschnationalen wie die Sozialdemokraten schon gestern gegen das neue Kabinett demonstriert haben, wird man also noch nach anderen Gründen als denen der Unzufriedenheit mit der Programmerklärung zu suchen haben.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wollen die Sozialdemokraten nicht in den Verdacht kommen, weniger energisch in der Bekämpfung des Kapitalismus und der Enteignung der Fürstenfamilien zu sein als die Kommunisten. Ihre Agitationsbedürfnisse entscheiden.

Andererseits können die Deutschnationalen nach ihrer Ablehnung des Locarno-Vertrages und Bekämpfung der ihnen allzugroß erscheinenden Vertrauensseligkeit der jüngsten Außenpolitik nicht gut anders, als eine Regierung abzulehnen, aus der sie ja gerade wegen einer so grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit ausgetreten sind. Hat jemand die Locarno-Politik vor drei Monaten für falsch gehalten, so muß er sie erst recht jetzt für falsch halten, wo die Auswirkungen durch die Widerstände bei den Alliierten völlig in Frage gestellt sind. Es war von vornherein völlig sicher, daß die Deutschnationalen und die Bayerische Volkspartei die Fortsetzung der Locarno-Politik im Sinne der Demokraten und des linken Zentrums nicht etwa dem neuen, weiter links basierten Kabinett Luther zuliebe tolerieren könnten. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat denn auch bereits gestern abend ganz logisch beschlossen, gegen das Kabinett ein Mißtrauensvotum einzubringen.

Wie wir schon früher ausgeführt haben, braucht das natürlich nicht sofort den Sturz des Kabinetts zu bedeuten. Denn die Sozialdemokraten brauchen ja nur, gerade um die Fortsetzung der Locarnopolitik zu sichern, für das Kabinett zu stimmen, und dieses hat die notwendige Mehrheit.

Aber durch das deutschnationale Mißtrauensvotum spitzt sich jetzt die Lage dahin zu, daß nicht nur die Sozialdemokratie vor die Frage gestellt wird, ob sie, ohne im Kabinett vertreten zu sein, de facto die Große Koalition darstellen will, sondern daß auch das Kabinett Luther, und vor allen Dingen Luther persönlich, schlüssig werden müssen, ob sie in die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie treten wollen, ohne daß die Sozialdemokratie selbst Verantwortung übernimmt. Luther könnte in einem solchen Falle leicht selbst das Opfer einer so brüchigen Mehrheit werden.

Daher wird u. E. alles auf Luthers persönliche Haltung ankommen. Begibt er sich jetzt in die Macht der Linken oder läßt er sich von irgend wem hineinbugsieren, so wird er vielleicht noch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit seinem Namen decken können, aber dann bei den innerpolitischen Fragen vor einer viel peinlicheren Alternative stehen, nämlich entweder dabei die Linke zu befriedigen oder seiner eigenen innenpolitischen Linie treu zu bleiben. Im ersten Falle würde er seinen politischen Kredit verlieren und vielleicht sogar nur der Wegbereiter der offiziellen Großen Koalition und eines parlamentarischen Kanzlerkandidaten der Großen Koalition sein, im zweiten Falle würde er die Linksmitglieder seines Kabinetts verscheuchen und die Regierungskrise wäre dann wieder da. Aber er selbst oder die Richtung Luther könnten dann die Geschäfte weiterführen, bis eine neue feste Reichstagsmehrheit sich gebildet hätte, was nicht möglich wäre, solange die Volksparteifraktion dabei bleibt, die Wirtschaft nicht neuen sozialistischen Experimenten auszuliefern.

Die beginnende politische Aussprache des Reichstages wird wohl schon einige Aufklärung über die Richtung der weiteren Entwicklung bringen. Dr. Oestreich.

* * *

Der Beginn der heutigen Reichstagssitzung

ist auf 1 Uhr nachmittags festgesetzt. In der politischen Aussprache über die Erklärung der Reichsregierung werden die Regierungsparteien in der ersten Rednerreihe eine gemeinsame Erklärung abgeben lassen. Sie wird von dem Abgeordneten Fehrenbach (Z.) verlesen werden. Auch in der zweiten Rednerreihe soll nur ein Vertreter der Regierungsparteien sprechen. Sie werden dann am Schluß der Aussprache eine Billigungsformel für die Regierung einbringen. Von den übrigen Parteien sind als Redner für die erste Rednerreihe bestimmt die Abgeordneten Hermann Müller (Soz.), Graf Westarp (Dnatl.), Heckert (Komm.), Dremitz (Wirtsch.), von Gräfe (Völkisch).

Dem Reichstage ist gestern das erste, gegen die neue Reichsregierung gerichtete Mißtrauensvotum zugegangen. Es stammt von den Deutschvölkischen und hat folgenden Wortlaut: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Reichsregierung besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages." Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages: „Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Auch die Kommunisten haben ein Mißtrauensvotum folgenden Wortlautes eingebracht: „Die Regierung Luther—Stresemann besitzt nicht das Vertrauen des Reichstages."

Die deutschnationale Reichstagsfraktion verhandelte gestern in ihrer sich über fünf Stunden hinziehenden Sitzung über die Lage. Die Fraktion beschloß, wie parteioffiziell mitgeteilt wird, heute im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die zur Zeit sich präsentierende Reichsregierung einzubringen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer gestrigen Sitzung noch keinen Beschluß zur Aussprache über die Regierungserklärung gefaßt; sie wartet die Beschlüsse der übrigen Parteien ab und will erst am Mittwoch zur Beschlußfassung kommen.

Der Schluß der gestrigen Reichstagssitzung.

Die gestrige Rede Dr. Luthers im Reichstag wurde von den Kommunisten dauernd in der häßlichsten Weise durch Lärm und Unterbrechungen gestört. Der Präsident Löb sah sich deshalb genötigt, mehrere kommunistische Abgeordnete zur Ordnung zu rufen.

Nachdem Dr. Luther geendet hatte, beantragte bei der Festsetzung der Tagesordnung für die heutige Sitzung Abg. Schulz-Bromberg (Dnatl.), daß ein deutschnationaler Antrag, der verschiedene Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aufzählt, mit der Besprechung der Regierungserklärung verbunden werde.

Unter großer Heiterkeit standen für diesen Antrag sämtliche an der Regierung nicht beteiligten Parteien auf, so daß er Annahme fand.

Abg. n. Graefe (Völk.) führte aus: Bei der mängelhaften Inhaltslosigkeit und Programmlosigkeit der Ausführungen des Reichskanzlers sehe ich nicht ein, was die Fraktionen vor der Besprechung der Regierungserklärung noch untereinander verhandeln sollen. (Lebh. Zustimmung bei den Komm. und Völk. — Glocke des Präsidenten.) Wenn wir ebenso wenig gegen diese Kanzlererklärung sagen wollen, wie der Kanzler selbst überhaupt gesagt hat, dann brauchen wir gar nichts zu sagen. (Heiterkeit.) Der Redner beantragt, daß die Besprechung der Kanzlererklärung sofort vorgenommen werde.

Gegen Kommunisten und Völkische wird dieser Antrag jedoch abgelehnt und gemäß dem Vorschlage des Präsidenten Löbe beschlossen, die Besprechung der Regierungserklärung am Mittwoch, nachmittags 1 Uhr, beginnen zu lassen.

Schluß gegen 3 Uhr.

Zu den von Luther angekündigten Wirtschaftsmaßnahmen

erfährt der „Deutsche Handelsdienst": Zur Zeit finden zwischen den beteiligten Ressorts der Reichsministerien Besprechungen über die Frage der Schaffung von Absatz- und damit Arbeitsmöglichkeiten statt. Das Problem der Kreditversicherung wird anfangs Februar mit den beteiligten Verbänden wieder erörtert werden. Um auch eine Belebung des inneren Marktes herbeizuführen, wird auf Anregung des neuen Reichswirtschaftsministers erwogen, Aufträge, die im Etatsjahr 1926 notwendig werden, teilweise schon jetzt zur Ausschreibung zu bringen. Es handelt sich dabei, wenn wir recht unterrichtet sind, vor allem darum, gewisse Teile des Bauprogramms der Reichsbahn zur Ausführung zu bringen, also um Bestellungen für die Waggon-, Brückenbau, sowie für die übrigen Eisenindustrien. Der in der Presse häufig erörterte Gedanke, daß es praktischer und nutzbringender sei, der Arbeitslosigkeit durch Zuweisung von produktiven Aufträgen an die Industrie zu steuern, als sie durch die sogenannten Notstandsarbeiten zu lindern, scheint demnach nunmehr auch Eingang in die Regierungskreise gefunden zu haben.

— **Der Reichstagsausschuß für den Reichshaushalt** beschäftigte sich gestern mit den Anträgen betr. Untersuchung und Abgeltung der Hochwasserschäden, wobei der Frage der Deckung und Verwendung der vom Reichstag bewilligten 3 Millionen zur Linderung der Not der Geschädigten behandelt wurde. Der eine Angabl von Ausschußmitgliedern wegen anderweiter Inanspruchnahme nicht anwesend, wurde die Erledigung der Angelegenheit auf heute vertagt.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 26. Januar.

In dem heute vormittag unter dem Vorsitz des Präsidenten abgehaltenen Ministerrat erstattete Handelsminister Vincent Bericht über den Fortgang der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Hierzu erfährt der Pariser Vertreter des W. T. B., daß die deutsch-französischen Verhandlungen einen normalen Verlauf nehmen. In der vergangenen Woche wurde über allgemeine Vertragspunkte (Niederlassungen, Sicherstellung von Forderungen, Konsulate, Schiffahrtswesen usw.) verhandelt, sowie über eine Anzahl von Punkten, über die man im vergangenen Sommer zu einer Verständigung nicht gelangen konnte, eine Einigung erzielt.

Deutschland soll weiter gefesselt bleiben.

Bereits im gestrigen Abendblatt hatten wir den Inhalt des letzten Berichtes des Generals Walch über den Stand der deutschen Entwaffnung kurz wiedergegeben. Weiter unten wird eine ausführliche Darstellung des Berichtes veröffentlicht.

Die Stellungnahme des Generals Walch ist wieder einmal ein beredter Beweis für die Tatsache, daß Politik und Sinnesart der Alliierten Deutschland gegenüber sich nicht geändert haben trotz Locarno und der in Locarno erfolgten Krönung deutschen Erfüllungs- und Verständigungswillens. Die Ausführungen des Generals Walch zeigen deutlich, daß sie lediglich dazu dienen, einen Vorwand für die Verlängerung der Militärkontrolle zu konstruieren. Wie aus dem angefügten Kommentar des Auswärtigen Amtes, das seine Ansicht durch W. T. B. kundgibt, hervorgeht, handelt es sich hauptsächlich um die Beanstandung der Ansammlung von Polizeikräften in den geräumten Gebieten Westdeutschlands. Die Entente operiert wieder mit dem lächerlichen Furchtmotiv und läßt zwischen den Zeilen lesen, daß die drei oder vier Hundertschaften Schutzpolizei in Düsseldorf und Köln, von denen jeder zehnte Mann mit einem Karabiner, die anderen mit Gummiknüppel und Revolver ausgerüstet sind, eine Bedrohung der Sicherheit der Besatzungstruppen und ein Beweis für den schlechten Willen Deutschlands seien. Es hat nicht viel Zweck, sachlich sich mit den Argumenten der Herren von der Militärkontrolle auseinanderzusetzen. Sie haben eben von oben her Befehl, einen Grund zu suchen für die Verlängerung der Militärkontrolle; sie begeben sich auf die Suche und zwar, wie das Exempel zeigt, weniger mit Scharfsinn als mit plumper Brutalität ausgerüstet.

* * *

Paris, 26. Januar.

Der Berichterstatter der Agentur Havas in London beschäftigt sich mit dem Bericht des Vorsitzenden der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin, General Walch, an den Vorsitzenden der Interalliierten Militärkomitees in Versailles, Marschall Foch, hinsichtlich der schwebenden Entwaffnungsfragen, über die im Monat November 1925 in der Botschafterkonferenz verhandelt wurde. Er bespricht die seinerzeit aufgestellten vier Listen und stellt fest, daß die in den beiden ersten Listen enthaltenen Verpflichtungen erfüllt sind, während die Erfüllung der in der Liste 3 enthaltenen Verpflichtungen viel zu wünschen übrig lasse und die erzielten Fortschritte nicht genügen, um zu dem Urteil zu kommen, daß Deutschland sein Versprechen für den 15. November 1925 gehalten hat. Bezüglich der Liste 4 seien sich die alliierten Kontrollorgane darüber einig, daß die von Deutschland erwarteten Verkehrungen so verzögert worden seien, daß man den Grad der Erfüllung der Klauseln, die im November vorigen Jahres den Gegenstand einer besonderen Erörterung gebildet hätten, für den Augenblick

gleich Null

betrachten könnte.

Die Liste 4 umfaßt bekanntlich die Organisation der Polizei, die Stellung des Oberkommandos, das Verbot des Gebrauchs gewisser Waffen zu Ausbildungszwecken, die Artillerie von Königsberg und die militärischen Vereinigungen.

Außerdem ist schon gesagt worden, die Deutschen würden neuerlich eine Erörterung über die Opportunität der Reform, über die man übereingekommen sei, durch Rundschreiben, Verfügungen oder Gesetze vorzunehmen, einleiten und gewisse, bereits erledigte Fragen, wie die der Zahl der Polizeistreitkräfte, wieder zur Erörterung stellen. So wünschen sie eine weiteres Kontingent (mindestens 5000 Mann) zur Verstärkung der Polizei in den Brückenköpfen und an der Ost- und Westgrenze zu erhalten, was darauf hinauslaufen würde, auf gewisse strategische Punkte wahre Deckungstruppen zu stellen. Wenn man auch den Gedanken, daß der gute Wille Deutschlands nicht vollständig ist, nicht ganz ausschließen kann, so ist man doch der Ansicht, daß das Richtvorhandensein eines Ministeriums in Deutschland als eine Entschuldigung angesehen werden kann, die zum Teil den Verzug Deutschlands rechtfertigt. Das Ministerium ist erst am 20. Januar gebildet worden, und den leitenden Beamten wird es bis zu diesem Augenblick in gewissem Maße unmöglich gewesen sei, eine Verantwortung zu übernehmen. Dies ist, so fährt der Berichterstatter der Agentur Havas in London fort, die Ansicht der interalliierten Militärkontrollorgane: Die deutschen Behörden haben sich zwar nicht systematisch geweigert, aber

Einwände erhoben oder ungenügende Anerbieten gemacht

und sich gesträubt, sich durch gesetzliche Akte zu binden. Soviel man weiß, ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Kommentar des Berichts Walsh, der den technischen Ausführungen beiliegt, die Lage ohne Pessimismus, aber mit gewisser Zurückhaltung